

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Postgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreigespaltene Beitzelle oder deren Raum 80 A.  
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile

## Gewerkschaftshemmungen in Hamburg.

Als wir Donnerstag, den 9. Januar, zum Verbandsbureau gingen, fand vor dem Gewerkschaftshause eine Versammlung statt, die von Personen veranstaltet war, die uns nicht bekannt sind. Der Redner, ein Russe, forderte zur Absetzung der Gewerkschaftsführer auf. Die Versammelten begaben sich in einem Zuge zum Arbeiterrat im Rathaus. Hier forderte der Russe die sofortige Schließung der Gewerkschaftsbureaus. Der Vorsitzende des Arbeiterrats, Dr. Laufenberg, gab die Erklärung ab, daß er gewillt sei, der Forderung zu entsprechen. Im Gewerkschaftshause wieder angelangt, hielt Dr. Herz, ein Mitglied des Arbeiterrats, eine Rede gegen die Gewerkschaften. Nun erschienen auch in unserm Verbandsbureau Personen und forderten, selbiges zu räumen und die Schlüssel abzugeben. Natürlich wurde der Forderung nicht entsprochen. Die eingebrochenen Personen entfernten sich. Als wir abends das Gewerkschaftshaus verließen, war es militärisch besetzt.

Inzwischen hatte der Arbeiterrat getagt und den Beschluß durchgesetzt, daß sich „die Gewerkschaftsorganisationen einschließlich der Gewerkschaftsbureaukratie“ dem Arbeiter- und Soldatenrat unterzuordnen haben.

Die Gauleiterkonferenz unseres Verbandes, die zum 10. Januar nach Hamburg einberufen war, konnte infolgedessen nicht im Gewerkschaftshause tagen, sie mußte in einem andern Lokale abgehalten werden.

Diese Machenschaften richteten sich aber nicht bloß gegen die Gewerkschaften, sondern auch gegen die sozialdemokratische Partei. Auch das Erscheinen des „Hamburger Echo“ wurde von Dr. Laufenberg verboten.

Der Soldatenrat nahm im Laufe des Freitags Stellung gegen diese Diktaturgelüste und Sonnabend, den 11. Januar, fand eine Riesendemonstration statt, welche die Absetzung Dr. Laufenberg's und eine Neuwahl des Arbeiterrats forderte. Während diese Zeilen in Druck gehen, finden im großen Arbeiterrat Beratungen über eine Neuwahl statt.

Revolutionen haben ja immer Ueberraschungen im Gefolge, aber daran hat wohl niemand gedacht, daß „Revolutionäre“ sich an Arbeiterinstitutionen vergreifen, wofür die fortgeschrittensten Arbeiter seit fünfzig Jahren große Opfer gebracht haben, wie es für die Gewerkschaften geschehen ist. Im Interesse der Revolution werden solche Eingriffe auch nicht unternommen. Denn wenn das kapitalistische Wirtschaftssystem in ein sozialistisches übergeleitet werden soll, so ist das ohne Gewerkschaften nicht möglich und ebensowenig kann ein sozialistisches Wirtschaftssystem ohne Gewerkschaften existieren. Darum nennen wir den Versuch, die Gewerkschaften zu unterdrücken, auch bloß „gewerkschaftliche Hemmungen“. Die Gewerkschaften zu unterdrücken, ist Bismarck und Puttkamer nicht gelungen, und es wird auch den Laufenberg's, Herz' usw. nicht gelingen. Die Gewerkschaftsbewegung lebt und wird weiterleben trotz solcher merkwürdigen „Revolutionäre“.

Hiermit wollen wir allerdings nicht behaupten, daß der Versuch, die Gewerkschaften zu unterdrücken, nicht wieder unternommen würde; dagegen sind die Gewerkschaften nicht gesichert. Aber jeder Versuch wird scheitern, wenn die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter an ihrer bewährten Organisation festhalten und immer wieder den Zusammenschluß suchen, wenn er gesprengt wird. Uebrigens ist auch eine angeblich revolutionäre Aktion im Gange, die Gewerkschaften von innen heraus zu sprengen. Wo diese Aktion einsetzt, werden ihr die gewerkschaftstreuen Mitglieder mit aller Energie entgegenzutreten haben und sich vor allem von den Phrasen solcher „Revolutionäre“ nicht betören lassen. Wer gegen die Gewerkschaften wirkt, sie zu lähmen oder gar zu sprengen versucht, ist eben kein Revolutionär, sondern ein Reaktionsär, auch wenn er das mit großem Wortschwall leugnet.

## Die Gewerkschaftsbewegung im alten und im neuen Deutschland.

Als v. Schweizer den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein zur Förderung der Gewerkschaftsbewegung animierte, begründete er diesen Schritt damit, daß nach 1866 die politische Revolution zur Herbeiführung einer großdeutschen Republik tot, die soziale Revolution aber noch nicht reif sei; wer vorwärtsdrängen wolle, könne nur in dem einen Sinne wirken, die Reife der sozialen Bewegung zu beschleunigen. Für ihn gab es nun innerhalb der tatsächlichen Verhältnisse für die Entwicklung der Arbeiterklasse zu selbstbewusstem, sozialpolitischen Element keinen andern Anknüpfungspunkt als den im Lohnverhältnis sich zeigenden Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Hier sollte der Hebel eingesetzt werden, und hier wurde er eingesetzt. Die Gründung von Gewerkschaften wurde in die Hand genommen. Es kam zu Lohnbewegungen in großer Zahl, sie führten aber nicht zu dem von Schweizer gewünschten Ziel. Durch Veränderung der Organisation versuchte v. Schweizer, die Gewerkschaftsbewegung in seinem Sinne zu steuern, er stolperte jedoch über diesen Versuch und schied bald aus der Arbeiterbewegung aus. Die Lohnbewegungen nahmen für einige Jahre noch einen großen Aufschwung, sie gerieten aber bereits im Jahre 1874 ins Stocken. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde von wirtschaftlicher Depression abgelöst, die politischen Machthaber hielten, die Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs auf die Arbeiter abzuwälzen, indem sie die Arbeiterbewegung durch Prozesse und Auflösungen und schließlich durch das Sozialistengesetz zu unterdrücken versuchten.

Die Propaganda für Lohnbewegungen spielte nun in der gewerkschaftlichen Agitation nicht mehr die Rolle wie anfänglich; in den Vordergrund trat nun das Bestreben, „die Reife der sozialen Bewegung zu beschleunigen“ durch Aufklärung und Organisation der Arbeiter in den Gewerkschaften. Diese von den Verhältnissen der Zeit der Gewerkschaftsbewegung ausgehende Tätigkeit kam vor allem der sozialdemokratischen Partei zugute. Das bestätigt auch Max Schippel in einem Artikel der „Neuen Zeit“ vom März 1892. Da politische Vereine vielfach nicht aufkommen konnten, so übernahmen die Gewerkschaften ein gut Teil der politischen Agitation, welche sonst der Parteiorganisation zugefallen sein würde. Die Gewerkschaften haben damals ganz Außerordentliches zur Wiederaufrichtung der sozialdemokratischen Partei geleistet.

Es fiel deshalb jedem mit der Sache einigermaßen Vertrauten auf, als der Parteivorstand, dem bekanntlich Ignaz Auer und August Bebel angehörten, in seinem Bericht an den Parteitag 1893 die gewerkschaftlichen Kämpfe und Bestrebungen als ein Palliativ bezeichnete, das wohl geeignet sei, den Arbeitern bei günstiger Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen, und das weiter auch dazu diene, in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs die Unternehmer davor zurückzuschrecken, ihr soziales Uebergewicht schrankenlos zu mißbrauchen, das aber nie dazu führen könne, die Arbeiterklasse vom Druck der Kapitalherrschaft endgültig zu befreien. Diese Kennzeichnung der gewerkschaftlichen Bestrebungen sei einfach Pflicht, wenn die Bewegung nicht den sozialdemokratischen Charakter verlieren und der Verjüngung anheimfallen solle. Gingegen fiel es nicht auf und wurde geradezu als selbstverständlich aufgefaßt, daß von gewerkschaftlicher Seite darauf erwidert wurde: „Die gewerkschaftliche Organisation ist die Vorschule für die politische Bewegung. Wenn wir an Arbeiterkreise, die absolut dem wirtschaftlichen und politischen Kampfe ferngestanden haben, herantreten wollen, so dürfen wir ihnen zuerst nicht mit weittragenden politischen Ideen kommen; die Gewerkschaftsorganisation zieht den Ar-

beiter dadurch heran, daß sie ihm materielle Vorteile in Aussicht stellt, ihm den Mangel an Harmonie zwischen Arbeit und Kapital klarlegt und so auch die indifferentesten Arbeiterschichten in die Bewegung hineinzieht. So ist sie das beste Agitationsmittel für die politische Bewegung. Aber weiter ist auch diese Organisation eine weit bessere Schule als die politische Organisation, viel besser geeignet, den Arbeiter zu einem festen Charakter, zu einem opferfreudigen Genossen zu machen.“ Diese Auffassung war damals in der Arbeiterbewegung gang und gäbe.

In den folgenden Jahren nahm jedoch die wirtschaftliche Entwicklung eine der Gewerkschaftsbewegung günstigere Richtung. Die gewerkschaftliche Tätigkeit konnte und mußte sich nun auf ihr historisches Tätigkeitsfeld konzentrieren, auf die Wahrung und Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Daneben verblieb ihr immer weniger Zeit und Raum zur politischen Aufklärung und Agitation. Zu diesem Zweck bestanden ja nun auch Parteiorganisationen. Je umfangreicher und kräftiger jedoch die Gewerkschaftsbewegung wurde, um so öfter wurden nun Versuche unternommen, sie in das politisch-revolutionäre Getriebe einzuschirren. Unannehmlichkeiten, Auseinandersetzungen und Konflikte sind daraus entstanden, auf die hier nicht näher eingegangen zu werden braucht. Im Gegensatz zum Bericht des Parteivorstandes von 1893 wurde jedoch nun von Parteischriftstellern immer lauter und konsequenter die Auffassung vertreten, daß die Gewerkschaftsbewegung in politisch-revolutionäres Fahrwasser einmünden werde. Insbesondere hat sich Gustav Eckstein in seiner Schrift: „Der Marxismus in der Praxis“, die erst nach seinem Tode, im Jahre 1918 erschienen ist, große Mühe gegeben, diesen Entwicklungsgang darzustellen. Das Ziel dieser Auffassung war die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Was aber zu geschehen hätte, wenn dieses Ziel erreicht sei, ob man dann ohne die Gewerkschaften auskommen könne, wurde von den Vertretern der vorbeschriebenen Auffassung nicht erörtert. Eine Ausnahme machte nur Parous, der in seinen früheren Schriften der Gewerkschaftsbewegung auch eine revolutionäre Rolle zuweist. In seinem Buche: „Der Staat, die Industrie und der Sozialismus“ führt er aus: „Es wäre durchaus irrig, anzunehmen, die Rolle der Gewerkschaften sei in dem Moment ausgespielt, wo der kapitalistische Privatbetrieb aufgehört hat zu existieren. . . Die Gewerkschaften werden noch lange die Interessen der Arbeiter gegenüber dem Staat, gegenüber der Gemeinde und gegenüber der Genossenschaft zu vertreten haben; sie werden vielleicht noch mehr zu tun haben, um in ihrer eigenen Mitte einen Interessenausgleich zu schaffen und um die beruflichen und lokalen Unterschiede in der Lage der Arbeiter aufzuheben. Denn die kapitalistische Ausbeutung ist ungleichmäßig, sie ist an der einen Stelle größer, an der andern weniger stark; wenn sie aufgehoben wird, hinterläßt sie deshalb Unterschiede in der Lebenshaltung der Arbeiter, die erst im Kampfe gegeneinander ausgeglichen werden müssen. . . Die soziale Revolution — deren Aufgabe es ist, die Gesellschaft vom Kapitalismus zum Sozialismus überzuleiten — wird erst die Erbschaft der kapitalistischen Ausbeutung zu liquidieren haben, und der fürchterlichste Teil dieser Erbschaft ist der Unterschied in der Lebenshaltung verschiedener Arbeiterkategorien.“ Wir haben uns schon vor Jahren dieser Auffassung angeschlossen.

Nun ist die Revolution in Deutschland zur Tatsache geworden und hat die politische Macht in die Hände der Arbeiterklasse gebracht, ohne daß die Gewerkschaftsbewegung in politisch-revolutionäre Aktionen eingetreten wäre. Wenn es der leidige Parteistreit nicht hindert, dürfte die politische Macht auch in den Händen der Arbeiterklasse verbleiben.



Das erste praktische Ergebnis der Revolution waren Lohnbewegungen in einer Zahl, wie sie noch nicht erlebt worden ist, so daß radikale Wortführer der Revolution die Befürchtung äußerten, die ganze Revolution werde in einer großen Lohnbewegung verpuffen. Aus jenen Kreisen stammt auch der Ausspruch: „Vor der Revolution waren Streiks eine Tat, nach dem Siege der Revolution sind Streiks Verbrechen.“ In sich sind aber die Lohnbewegungen nach dem Siege der Revolution erklärlich. Wird schon im obigen Zitat auf die Schwierigkeit verwiesen, „die Erbschaft der kapitalistischen Ausbeutung zu liquidieren“, dann sind diese Schwierigkeiten in dem vierjährigen Kriege nicht geringer, sondern größer geworden. Die Lebenshaltung der Arbeiter ist auf eine Stufe gesunken, wie sie ohne Krieg nie erreicht worden wäre, und die Lohnunterschiede sind größer als zuvor. Wenn jedoch Lohnbewegungen und Streiks Blüten zeitigten, die nicht zu rechtfertigen sind, so liegt das nicht etwa daran, daß Gewerkschaften existieren, sondern daran, weil der gewerkschaftliche Geist noch nicht tief genug in die Arbeitermassen eingedrungen ist. Es handelt sich nämlich um Vorgänge in solchen Industrien, wo bis zum Ausbruch der Revolution die Gewerkschaftsbewegung mit allen Mitteln systematisch bekämpft worden ist. Gerade wenn die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse verbleibt, was wir sehnlichst wünschen, lassen sich solche Auswüchse, wie sie in letzter Zeit vielfach zu beklagen waren, nur verhindern durch Vertiefung und Stärkung des gewerkschaftlichen Geistes in den Arbeitermassen. Der gewerkschaftlich geschulte Arbeiter zerstört nicht, sondern baut auf. Er beseitigt nichts, wenn er nicht weiß, was er Besseres an seine Stelle setzen soll.

Die politische Macht ist der Arbeiterklasse in die Hände gekommen in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen Verhältnisse selbst nach der Auffassung der radikalsten sozialistischen Theoretiker nicht dazu angetan sind, die Produktion in großem Umfange zu vergesellschafteten. „Zunächst wird sicher nur ein Teil der Produktionszweige nationalisiert werden können, die andern müssen kapitalistisch weiterbetrieben werden,“ schreibt Karl Rautsky in der unabhängigen sozialdemokratischen Wochenchrift „Der Sozialist“. Trifft das zu, dann ändert sich an den kapitalistischen Betrieben nichts weiter, als daß der Einfluß der Arbeiter auf die Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein größerer oder richtiger ein geregelter wird. Ueber den Tarifvertrag wird man in solchen Betrieben noch nicht hinauskommen. Aber der Tarifvertrag wird eine andere, für die Arbeiter bessere Bedeutung erlangen, als er bisher hatte. So kann es ja nicht weitergehen, wie bisher im Baugewerbe, wo der Arbeitgeberbund bestrebt ist, den Tarifvertrag zu einem Instrument zu gestalten, das lediglich die Konjunktur und die Kraft der Gewerkschaften als lohnbildende Faktoren ausschließt und an deren Stelle den einseitigen organisierten Unternehmerwillen setzt. Ein System, das während des Krieges auf die Höhe entwickelt ist und den Arbeitern des Baugewerbes in weiten Kreisen den Tarifvertrag vererbt hat. Solche Bestrebungen haben aber nur Aussicht auf Erfolg, wo, wie in dem Deutschland vor der Revolution, das Prinzip möglichst großen Profits herrscht und regiert. Hingegen wird im neuen Deutschland der Tarifvertrag die soziale Lage der Arbeiter zum Ausgangspunkt zu nehmen haben in dem Sinne, wie unsere Generalversammlung im Jahre 1909 bereits beschlossen hat. Der Arbeiterschutz wird weitreichender sein und gewisserhafter durchgeführt werden können als bisher. Das alles ist aber nur zu haben, wenn umfassende und starke Gewerkschaften als beruflich-wirtschaftliche Interessenvertreter der Arbeiter existieren.

Wo aber die Produktion vergesellschaftet wird, da geht es wieder nicht ohne Gewerkschaften. In solchen Fällen müssen sich hingegen die Gewerkschaften zu Arbeitsgenossenschaften verdichten, die nicht bloß Tarifverträge mit den Trägern der vergesellschafteten Produktionsbetriebe abschließen, sondern kollektive Arbeitsverträge, die nicht bloß zur Innehaltung bestimmter Lohn- und Arbeitsbedingungen verpflichten, sondern auch zur Arbeitsleistung, zur Stellung von Arbeitskraft! Wie denkt man sich zum Beispiel die Bauausführung in eigener Regie? Die Forderung der Bauausführung in eigener Regie, also unter Ausschaltung des kapitalistischen Unternehmers, ist gar nicht neu, und sie ist bisher auch nicht bloß von Arbeitern erhoben, sondern auch von der Bauwissenschaft vertreten. Die Bauausführung in eigener Regie ist bei Reichs-, Staats- und Kommunalbauten auch leichter durchzuführen als die Vergesellschaftung großer kapitalistischer Betriebe. Denn es ist dabei niemand zu enteignen, nur der kapitalistische Unternehmer wird einfach ausgeschaltet, der gar keinen rechtlichen Anspruch auf seine heutigen Funktionen hat. Aber er stellte bisher die Arbeitskräfte, vermittelte die Löhnung derselben und sorgte für den Antrieb der Arbeiter. Das ist es,

was bei der Bauausführung in eigener Regie eventuell die Gewerkschaft zu übernehmen hat, und zwar in rechtsverbindlicher Form, wenn die Sache funktionieren soll. Wie das aber eventuell ohne Gewerkschaften gemacht werden könnte, ist nicht einleuchtend. Deshalb: Wenn die Gewerkschaften schon unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem für die beruflich-wirtschaftliche Interessenvertretung der Arbeiter unentbehrlich waren, so sind sie unterm sozialistischen Wirtschaftssystem erst recht unentbehrlich.

### Die Nationalversammlung.

Zum ersten Male finden die Wahlen an einem Sonntag statt. Kirchliche Kreise haben bisher zu verhindern verstanden, daß dieser geeignete Wahltag benutzt werden durfte zur Erfüllung der höchsten und wichtigsten Staatsbürgerpflicht. Wie die erste Regierungshandlung der aus Ruder gelangten Sozialdemokratie war, das Wahlrecht nach den Bestimmungen des Erfurter Programms zu erweitern und es auf die weiblichen Personen sowie auf alle, die das zwanzigste Lebensjahr erfüllt haben, auszudehnen, so hat sie auch den Sonntag als Wahltag festgelegt. Und am 19. 1. 1919 — schon an sich eine bemerkenswerte, seltene und in tausend Jahren nur einmal vorkommende Ziffernsummenstellung — soll das erste Parlament der deutschen Republik aus dem Volkswillen entspringen. Unter dem freiesten Wahlrecht der Welt wird das deutsche Volk seine Vertreter küren, die bestimmt sind, die grundlegende Verfassung des Reiches zu zimmern, den Frieden zu genehmigen und die sonst noch erforderlichen wichtigsten Bestimmungen zu treffen.

Die am Sonntag zu wählende Nationalversammlung hat keine nach Jahren zählende Lebensdauer. In wenigen Monaten wird sie ihre Aufgabe gelöst haben, auseinandergehen und nach Vornahme von Neuwahlen dem ersten nach der von der Verfassung in seiner Dauer zu befristenden Reichstage, oder wie das Reichsparlament sonst getauft werden wird, Platz machen.

Der alte Reichstag hatte von 1871 bis 1893 eine dreijährige Dauer, wenn er nicht vor Beendigung dieser Zeit von der Regierung aufgelöst wurde. Reichstagswahlen fanden statt 1871, 1874, 1877, 1878, 1881, 1884, 1887, 1890, 1893. Der 1877 gewählte Reichstag wurde bereits im darauffolgenden Jahre aufgelöst, weil er das von Bismarck ihm zugemutete Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie nicht schlucken wollte. Der nächste Reichstag, der am 30. Juli 1878 gewählt wurde, brachte das fertig. — Seit 1893 bestand die fünfjährige Wahlperiode, so daß nur noch Wahlen stattfanden 1898, 1903 (aufgelöst am 13. Dezember 1906), 1907 und 1912. Fast sieben Jahre ist dieser letzte Reichstag in Tätigkeit gewesen. Zweimal ist 1917 und 1918 seine Lebensdauer um je ein Jahr durch Sondergesetze verlängert worden, weil fast die Hälfte der Wahlberechtigten im Felde stand und nicht an der Wahl hätte teilnehmen können. Denn daß auch aktiv Dienende wahlberechtigt sind, ist erst eine Frucht der Novemberrevolution. Dreizehn Reichstagswahlen hat es gegeben. Die Dreizehn spielt als Unglückszahl im Aberglauben eine große Rolle. Wenn dreizehn an einem Tische sitzen, müsse einer davon, so sagt der Volksglaube, im nächsten Jahre sterben. Nun, der alte Reichstag ist nunmehr auch tot, für immer tot. Was an seine Stelle tritt, ist etwas anderes nach Inhalt und Bedeutung. Der alte Reichstag hatte nicht den Einfluß auf die Regierung, den die Nationalversammlung haben wird. Der alte Reichstag war ein Instrument der Regierung, während die Nationalversammlung der Herr der Regierung sein wird. Früher war der Reichstag nichts ohne die Regierung, die ihn nach Gutdünken auflösen konnte; jetzt dagegen wird die Regierung nichts ohne die Nationalversammlung sein, von der die Regierung eingesetzt, der die Regierung sich fügen muß. Früher Autokratie der Regierung gegenüber der Volksvertretung; jetzt Demokratie und damit Abhängigkeit der Regierung von der Volksvertretung.

Die Nationalversammlung wird also nicht auf eine bestimmte Zeit gewählt, sondern nur zur Erfüllung bestimmter Aufgaben. Die erste derselben ist die Ausarbeitung und Beschlußfassung über die Reichsverfassung. Daß dieselbe ein durchaus anderes Gesicht haben wird als die bisherige, ist selbstverständlich. Schon das Gebiet der Reichsgesetzgebung wird gegen früher wesentlich erweitert werden. Bisher blieben viele wichtige Materien der Gesetzgebung den Bundesstaaten überlassen, darunter befanden sich das Schulwesen, der Strafvollzug, die Strafgesetzgebung, das Armenwesen, die Verwaltungsgesetze und anderes. Das wird zu ändern und einheitlich für das Reich durch die Reichsgesetzgebung zu regeln sein. Daß auch das Verhältnis der Volksvertretung zur Regierung ein grundsätzlich anderes sein wird, wurde bereits angedeutet. Eine Frage ist, ob die Rolle des bisherigen Bundesrates, der mit dem Reichstage ein gleichberechtigter Gesetzgebungskörper war (nur in Selbstbewilligungsfragen entschied der Reichstag allein), einer andern Körperschaft übertragen, oder ob das Reich zum reinen Einkammersystem übergehen wird. Im bisher vorliegenden Entwurfe

ist eine dem Bundesrate ähnliche Einrichtung vorgesehen. Wie der Bundesrat nicht direkt vom Volke gewählt, sondern von den Regierungen der Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Einwohnerzahlen bestimmt wurde, so soll auch in Zukunft die neben der Volksvertretung einzusetzende Körperschaft zwar nicht von den Regierungen der Bundesrepubliken bestimmt, aber doch von den Parlamenten dieser Bundesrepubliken ernannt werden. Es wird zu prüfen sein, ob es nicht besser ist, beim reinen Einkammersystem zu bleiben. Da in allen Bundesrepubliken demokratische Verfassungen bestehen werden, liegt zwar nicht mehr die Gefahr vor, daß eine an Stelle des Bundesrates zu setzende Körperschaft reaktionären Bestrebungen Vorschub leisten würde; aber immerhin könnte sie sich als Hemmschuh bemerkbar machen.

Eine wichtige Verfassungsfrage ist die Einführung des Referendums, also des Rechts, daß die Gesamtheit des Volkes unmittelbar, das heißt ohne das Parlament, entscheiden kann, ob ein Gesetz gültig sein soll oder nicht (Verwerfungsrecht), und ob das Parlament gezwungen sein soll, über eine bestimmte Materie ein Gesetz zu machen (Initiativrecht). Diese Rechte erscheinen wichtiger als die Einsetzung einer zweiten gesetzgebenden Körperschaft, die immer eine Verankerung nach oben sein würde, während eine Verankerung nach unten hin dem demokratischen Prinzip entspricht.

Von entscheidender Bedeutung ist ferner die Regelung der Bundesrepubliken. Das Ideal ist eine einheitliche Reichsrepublik, also das Aufhören aller an den Bundesstaat erinnernden einzelstaatlichen Selbstständigkeit. Doch diese Einheitlichkeit wird zunächst kaum zu erreichen sein. Gewisse Eigentümlichkeiten und Eigenarten der deutschen Volksstämme wollen berücksichtigt sein. Daß alle Bundesstaaten ihre bisherigen verteidigten und zerstückelten Grenzen beibehalten, ist natürlich ausgeschlossen. So werden die thüringischen Kleinstaaten verschwinden müssen und etwa mit dem Bezirk Erfurt ein gemeinsames Verwaltungsgebiet bilden. Die Waldeck, Lippe usw. werden ebenso in die benachbarten größeren Bezirke aufzunehmen sein. Auch in Süddeutschland müssen Verschiebungen und Trennungen eintreten, um die Verwaltung zu vereinfachen. Das alles wird Schwierigkeiten genug bieten, die von der Nationalversammlung zu lösen sind. Aber sie werden gelöst werden.

Die zweite große Aufgabe der Nationalversammlung wird die Ratifizierung des Friedens sein. Wir werden da nicht viel freie Bewegung haben, sondern in der Hauptsache darauf angewiesen sein, was die Westmächte beschließen und fordern. Hoffen wir, daß die schuldbeladene Erbschaft des alten Regierungssystems durch die Friedensbedingungen nicht noch stark erschwert wird. Soweit noch andere dringende Gesetze erlassen werden müssen, wird die Nationalversammlung, sei es auch nur in Form von Vorprojekten, helfend eingreifen haben.

Die Hauptsache ist, daß jeder Wahlberechtigte, Mann oder Frau, alt oder jung, seine Stimme abgibt, damit die Nationalversammlung eine sozialdemokratische Mehrheit aufweist und die Zukunft des deutschen Volkes im demokratischen und im sozialistischen Sinne verbürgt wird.

### Die Bewertung der Konsumgenossenschaften

hat im Laufe der Zeit eine beträchtliche Wandlung erfahren. Es hat Zeiten gegeben, in denen weite Schichten der Bevölkerung, zumal die Arbeiter, von den Konsumgenossenschaften nichts wissen wollten. Die Ursache hiervon ist darin zu suchen, daß man eine baldige Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft erwartete und in den Konsumvereinen kein Mittel erblickte, diese Entwicklung zu beschleunigen. Die Auffassung Lassalles hatte großen Anklang gefunden, der da behauptete, der Arbeiter werde nicht als Konsument, sondern als Produzent ausgebeutet, und die Befreiung vom Joch des Kapitalismus müsse sich auf dem Gebiete der Gütererzeugung, nicht auf dem der Güterverteilung vollziehen. Manche Kreise trieben diesen Gedanken berart auf die Spitze, daß sie die Konsumgenossenschaften sogar als Hindernis im Befreiungskampfe betrachteten und geradezu vor der genossenschaftlichen Beteiligung warnten.

Allmählich schlug die Stimmung um, und immer weitere Schichten der Arbeiterklasse erkannten die Bedeutung und die Notwendigkeit der Konsumgenossenschaften. Überall entstanden in den großen und mittleren Städten Konsumvereine, deren Mitglieder größtenteils den Unterschichten angehörten. Gleichzeitig mit dem Aufblühen der Konsumgenossenschaftsbewegung wuchs auch der Widerspruch der Händlerkreise gegen diese neue Form der Warenverteilung. Die Vertreter des privaten Handels demunzierten die Konsumvereine als staats- und gesellschaftsfeindliche, umstürzlerische Einrichtungen, und sie fanden leider damit bei den Regierungen und Behörden williges Gehör. Durch eine kleinliche Nadelstichpolitik suchte man die Entwicklung der Konsumvereine zu hemmen, da es nicht möglich war, sie gänzlich totzumachen, und wo es galt, den „staatsfeindlichen“ Mittelständlern einen Liebesdienst zu erweisen, arbeiteten die Regierungen mit den ärgsten Rückschrittlern Hand in Hand. Auch die volkswirtschaftliche Wissenschaft jener Zeit hielt sich ängstlich zurück und wagte es nicht, für die freie Entwicklung der Konsumgenossenschaften mit Entschiedenheit einzutreten. Selbst der bekannte „Verein für Sozialpolitik“ hatte, wie schon der Dr. Venturo er zählt, kein Wort der Verteidigung für diese Bewegung übrig,



Unter dem Einflusse des Krieges und seinen wirtschaftlichen Begleiterscheinungen hat die Bewertung der Konsumgenossenschaften seitens der Wissenschaftler und der Regierungsleute sich von Grund auf verändert. Heute erkennt alle Welt den günstigen Einfluß der organisierten Warenverteilung auf unser Wirtschaftsleben — nur die am privaten Handel interessierten Kreise wollen dies nicht einsehen —, und ganz folgerichtig fordert man die Bewegungsfreiheit für die Konsumvereine. Leider ist diese neue Bewertung der Konsumvereine vielfach noch in der Theorie festengeblieben und hat sich in der Praxis noch nicht durchgesetzt. Aber auch dies wird nicht ausbleiben; denn eine Bewegung, deren wirtschaftliche und sozialistische Überlegenheit über den privaten Handel unbestreitbar feststeht, kann auf die Dauer nicht angehalten werden.

## Verbandsnachrichten.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Belgien.** Die Mitgliederversammlung am 1. Januar in Brütigens Lokal war sehr gut besucht, da die vom Kriegsdienst entlassenen Kameraden es für Ehrenpflicht hielten, sich dem Verband zu widmen. Der Vorsitzende erstattete Bericht über seine und der Ehefrau des Kassierers Tätigkeit während der Kriegszeit. Zur Ehrung der während des Krieges gestorbenen Kameraden erhoben sich die Versammlungsteilnehmer von ihren Plätzen. Mit dem ausgesprochenen Willen, die Zahlstelle ausbauen zu helfen, wurde der Vorstand vollzählig wiedergewählt, desgleichen die Kameraden zur Kolportage, Revision und Arbeitslosenunterstützung. Nach Erledigung der Jahresrechnung wurde beschlossen, die Gelder der Lokalkasse auch weiterhin bei dem hiesigen Konsumverein als Spardarlehen zu belassen, weil eine sichere Anlage dieser Gelder nicht gegeben ist. In der darüber entstehenden Debatte wurde auch die Anlage des Gewerkschaftsvermögens in Kriegsanzleihe erwähnt. — Nach den vorgenommenen Feststellungen haben die hiesigen Unternehmer die Steuerumlagen nie in der geforderten Höhe gezahlt. Als Stundenlohn werden zurzeit 70 bis 80 % gezahlt, jedoch erhielten die meisten Kameraden noch weniger, so daß sie sich genötigt sahen, in andern Berufen zu arbeiten. Dem Arbeitgeberverband sind die hiesigen Unternehmer nicht angeschlossen. Nach einer belehrenden Aussprache über die bestehenden politischen Verhältnisse und Stellungnahme zu den bevorstehenden Wahlen wurde die Versammlung geschlossen.

**Östn. a. N.** Am 29. Dezember fand unsere Generalversammlung statt verbunden mit Neuwahl. Der Vorsitzende A. Denker teilte mit, daß er die Geschäfte der Zahlstelle nicht mehr führen könne und machte den Vorschlag, den früheren Vorsitzenden Robert Mehring zu wählen. So wurde beschlossen. Die Kassengeschäfte behielt Fritz Wegewitz. Ebenso wurde der Schriftführer Engelbert Schumacher wiedergewählt. Sodann wurde die Entschädigung für den Vorstand besprochen und die Gehälter infolge der Teuerung erhöht. Ferner wurde vom Vorstand darauf hingewiesen, daß noch viele Verbandsbücher von Kriegsteilnehmern auf dem Bureau liegen, die noch ihrer Abholung und Anmeldung bedürfen; auch müsse die Arbeitslosenkontrolle streng durchgeführt werden. Die Arbeitslosigkeit im hiesigen Zimmergewerbe ist ziemlich zufriedenstellend, wenn auch einzelne Kameraden vorübergehend arbeitslos geworden sind. Nachdem Kamerad Brandl einen lehrreichen politischen Vortrag über die Umwälzung in Deutschland und die Nationalversammlung gehalten hatte, war Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Östn.** Am 5. Januar fand nach langer Zeit eine ziemlich gut besuchte Mitgliederversammlung statt, zu der unser Gauleiter Karl Bergemann erschienen war. Er sprach über die Lage der hiesigen Zimmerer und die Notwendigkeit der Organisation. Neu aufgenommen wurden 9 Mitglieder. Dann wurde die Vorstandswahl vollzogen. Die Versammlungen finden vorläufig jeden Sonntag nach dem Ersten im Monat, nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Ludwigshalle statt.

**Gelsenkirchen.** Am 1. Januar tagte unsere Generalversammlung. Der Vorsitzende hieß die Erschienenen herzlich willkommen, besonders die aus dem Kriege Heimgekehrten. Der 9 gefallenen Kameraden der Zahlstelle wurde durch Erheben von den Plätzen gedacht. In einer kurzen Ansprache feierte der Vorsitzende die Umwandlung des imperialistischen Staatswesens in eine sozialistische Republik, deren Ausbau sich alle Kameraden energisch anlegen sein lassen mußten. Es folgte der Kassenbericht vom vierten Quartal. Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse betragen M 106. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 656,07 einschließlich des Kassenbestandes, eine Ausgabe von M 32,40, so daß ein Bestand von M 623,67 verblieb. Der Mitgliederbestand war 15. An den Quartalskassenbericht schloß sich der Jahresbericht. Die Einnahmen und Ausgaben für die Zentralkasse stellten sich auf M 258,30. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von M 790,79 einschließlich des Kassenbestandes, eine Ausgabe von M 174,14. Der Kassenbestand ist M 623,67. Der Bericht wurde anerkannt. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß während des Krieges an Unterstützung für Familien M 2298,80 und an Kameraden im Felde M 195,28 ausgegeben seien. Hinzukamen aus der Zentralkasse M 644, so daß insgesamt M 3138,08 für diesen Zweck aufgewendet wurden. Bei Ausbruch des Krieges hatte die Zahlstelle einen Kassenbestand von M 2775,45. Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden 8 Mitgliederversammlungen, 2 Sitzungen und 8 Kartellsitzungen statt. Außerdem wurde ein Delegierter zur Gauleitung nach Düsseldorf entsandt. Die Zahlstelle hat im Jahre 1918 252 „Zimmerer“ ins Feld geschickt. 17 Briefe und 26 Karten waren notwendig im Interesse der Geschäftsführung der Zahlstelle. 8 Mitglieder aus dem Felde haben sich bereits angemeldet, und 2 Aufnahmen sind erzielt. Am Jahresende zählte die Zahlstelle 26 Mitglieder. Die Vorstandswahl wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Hierauf wurden noch lokale Angelegenheiten besprochen.

**Klein-Flottbek.** Mitgliederversammlung am 7. Januar. Tagesordnung: Abrechnung vom vierten Quartal; Vorstandswahl; Verschiedenes. Der Vorsitzende gab einen Überblick über die Kassenverhältnisse und über den Mitgliederbestand von 1914 bis Ende 1918. Daraus ging hervor, daß sich die Kassenverhältnisse bedeutend gebessert haben. Die Mitgliederzahl ist gesunken, weil sehr viel Kameraden gefallen seien und viele infolge Verwundung ihrem Beruf als Zimmerer nicht mehr nachgehen können. Die Abrechnung vom vierten Quartal war von den Revisoren geprüft und mit den Belegen übereinstimmend befunden. Auf Antrag des Kameraden Vierck wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Das Andenken der gefallenen und gestorbenen Mitglieder wurde in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende begrüßte die anwesenden, aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden herzlich. Kamerad Martens stellte im Namen der zurückgekehrten Krieger seinen Dank dafür ab, daß die alten Kameraden, insbesondere Kamerad Bernide, das Banner der Organisation hochgehalten und unter schwierigen Verhältnissen die Zahlstelle in Ordnung gehalten haben. Die Versammlung gelobte sich, wie bisher fest zusammenzuhalten und die Zahlstelle weiter auszubauen. Bei den Vorstandswahlen wurden gewählt: zum ersten Vorsitzenden Kamerad Martens, zum ersten Kassierer Kamerad Bernide, zum ersten Schriftführer Kamerad Heinsohn. Unter „Verschiedenes“ erbat Kamerad Martens die Anwesenheit, die in Arbeit stehenden Kameraden zu erinnern, daß sie sich beim Kassierer anmelden. Die Anregungen der Kameraden Langloß und Eggert wurden bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Die regelmäßigen Versammlungen finden wie bisher jeden ersten Mittwoch im Monat bei Baumann statt.

**Köln.** Eine Versammlung am 5. Januar befaßte sich mit der Wiedererrichtung unserer Zahlstelle. Kamerad Rodenhagen gab einige Erläuterungen zum Verbandsstatut. Den bereits organisierten Kameraden am Orte gestellten sich noch 13 hinzu, so daß nunmehr alle Zimmerer bis auf zwei, die nicht anwesend sein konnten, organisiert sind. Nachdem die Vorstandswahl vollzogen war, wurde beschlossen, alsbald die Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln. Hierzu soll der Gauleiter hinzugezogen werden. Unter „Verschiedenes“ wurden noch lokale Angelegenheiten besprochen.

**Leck.** Am 27. Dezember tagte hier eine Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: Der Achstundentag; Verbandsangelegenheiten. Es war eine große Anzahl Mitglieder anwesend, darunter einige aus dem Felde zurückgekehrte, denen ein herzliches Willkommen geboten wurde. Viele Lücken sind entstanden; viele Kameraden haben in dem grausamen Kriege ihr Leben lassen müssen. Ihr Andenken wurde in üblicher Weise geehrt. Der Vorsitzende befaßte sich zunächst eingehend mit dem Achstundentag. Es wurde festgelegt, daß er am 1. Januar 1919 bei allen Unternehmern unbedingt eingeführt wird. Sollten die hiesigen Arbeitgeber den vereinbarten Bestimmungen nicht Rechnung tragen, so sind die Versammelten gewillt, ihnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln Geltung zu verschaffen. Dann kam der Vorsitzende auf die Forderung der Zentralkasse zu sprechen, betreffend die Bezahlung der beim Russeneinfall abhanden gekommenen Weitzmarken im Werte von M 201, wovon unsere Zahlstelle die Hälfte hatte zahlen müssen. Da bei dem plötzlichen Russeneinfall jeder knapp sein eigenes Leben retten konnte, war an eine Verbindung mit unserer Hilfszahlstelle, die sich in Neuendorf befand, nicht zu denken. Zwar hat Kamerad Scharnowski einen Teil Marken und Belege unserer Zahlstelle retten können, und der Vorsitzende ließ es sich nicht nehmen, ihm auch an dieser Stelle seinen Dank abzustatten. Nebenbei ist zu erwähnen, daß Kamerad Scharnowski die Zahlstelle in Köben weitergeführt hat. In Neuendorf dagegen konnte die Kasse nicht gerettet werden, da der zurückgebliebene Kamerad Derresch von den Russen ermordet wurde. Und trotzdem bestand die Zentralkasse auf die Erstattung der Hälfte der verlorengegangenen Marken, wo doch unsere Zahlstelle in diesem Kriege schwer zu tun hatte. Darüber waren die aus dem Felde heimgekehrten Kameraden sehr entrüstet, daß die Zahlstelle von den wenigen Lokalgeldern diese hohe Summe ausbringen mußte. — Hierauf forderte der Vorsitzende die Anwesenden auf, mit vereinter Kraft an die Agitation zu gehen und alle Unorganisierten, besonders aber die Großstädter, die auswärts sind und sich damit brüsten, unorganisiert zu sein, dem Verbandszusuführen. Ein Beispiel hierfür führte Kamerad Marisch an. Als er nämlich zwei vom Lhder Magistrat angestellte auswärtige Zimmerer aufforderte, dem Verbandsbeitritt, wiesen sie ihn höhnisch ab mit den Worten: sie bekämen auch so ihr Geld. Traurig ist es, daß sich namentlich die Auswärtigen und am meisten die Großstädter der Agitation feindselig gegenüberstellen. Der Vorsitzende betonte, daß diese üblen Zustände jetzt mit den schärfsten Maßregeln getilgt werden müßten. Mit einem dreimaligen Hoch auf den Zentralverband schloß die Versammlung.

**Magdeburg.** Eine gut besuchte Zimmererversammlung fand am 8. Januar, abends 5½ Uhr, bei dem Kameraden Lauber statt. Sie befaßte sich insbesondere mit dem Antwortschreiben des Arbeitgeberverbandes. Kamerad Lauber führte aus, daß wir uns schon in einer Versammlung am 17. Dezember vorigen Jahres mit unserm Lohn-einkommen befaßt haben. Die Bezahlung ist angesichts der großen Teuerung und infolge der verkürzten Arbeitszeit eine ungenügende. Die Kameraden waren enttäuscht, als sie erfahren mußten, daß für uns Zimmerer nur der Tarif maßgebend und alles übrige mit ironischen Bemerkungen abgetan sei; etwas mehr Entgegenkommen hätten wir doch erwartet. Die Kameraden, die in dieser Sache das Wort ergriffen, behandelten aber die Angelegenheit von einem andern Standpunkt. Sie konnten durch Unterlage beweisen, daß Stundenlöhne für Zimmerer von M 2,15, für Postengesellen von M 2,50, für Poliere von M 3,50 nicht vereinzelt dastehen. Wir stehen als gelernter Beruf hinter den ungelerten Arbeitern mit unserm Lohn-einkommen weit zurück. Das Handwerkzeug, das wir als Zimmerer halten müssen, ist recht teuer geworden, so daß es die Arbeitgeber mehr interessieren müßte, unserer Eingabe Bedeutung beizumessen. Unsere Kameraden gingen in ihren Ansichten weiter und stellten sich auf den Stand-

punkt, daß der Lohn durch Umrechnung von 8 auf 7 Stunden vom 1. Januar ab pro Stunde M 1,75 und vom 16. Januar ab M 2 betragen soll. Der Vorstand wurde beauftragt, sich mit Herrn Ganzlin in Verbindung zu setzen und die erforderlichen Wege einzuschlagen. In die Arbeitsnachweis-Kommission wurde Kamerad Reinhardt, als Stellvertreter die Kameraden Bernide und Braunsdorf gewählt. Für den Bezirk Vemsdorf wurde Kamerad Klaus als Kolporteur gewählt, für Barleben wurde die Regelung der Kolportage dem Vorstand überwiesen. Des weiteren sollen die Kolporteurs durch Beschluß pro Exemplar und Woche 15 % erhalten. In der Angelegenheit des Kameraden Lehmann wider Schulze, Dobeleben, ist bereits in der Versammlung am 17. Dezember vorigen Jahres beraten worden, eine andere Ansicht als heute wurde auch jetzt nicht vertreten. Der Weg zur Organisation steht dem Kameraden Schulze offen.

**Podebusch.** Am 5. Januar tagte unsere erste Mitgliederversammlung, zu der alle bis jetzt aus dem Felde zurückgekehrten Kameraden erschienen waren. Kamerad Bütow richtete herzliche Worte der Begrüßung an alle Anwesenden und führte aus, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, als Agitator aufzutreten, um die Zahlstelle auf ihre alte Höhe von vor dem Kriege zu bringen und noch weiter auszubauen. Es gelte, alle Kameraden, die dem Verbands noch fernstehen, anzusprechen, damit sie sich recht bald unsern Reihen anschließen. Jeder müsse aber auch für die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar werben, damit der Sieg unser werde und die erlängten Freiheiten erhalten bleiben, andernfalls würden sich unsere Daseinsverhältnisse unerträglich gestalten. Auch gedachte er des gefallenen Kameraden Köpfe, zu dessen Ehren sich die Anwesenden von den Plätzen erhoben. Alsdann erfolgte die Wahl des Vorstandes und der Revisoren. Sie wurden fast ausschließlich wiedergewählt. Beschlossen wurde, den Lohn für den 1. Januar 1919 so auszuarbeiten, daß der Lohn eines Zimmerers vom 1. Januar 1919 ab M 1,55 pro Stunde beträgt. Für Wasserarbeiten ist ein Zuschlag von 25 % pro Stunde zu zahlen. Kamerad Bütow tadelt das Verhalten des nichtorganisierten Zimmerers W. Medlenburg, der es trotz seiner Jugend nicht für nötig hält, dem Beispiel älterer Kameraden zu folgen und sich dem Verbands anzuschließen. Kamerad Bütow regte noch an, die Zahlstelle müsse mit dafür eintreten, daß die von der Gemeindeverwaltung veranschlagten Notstandsarbeiten ausschließlich an hiesige Unternehmer vergeben würden, damit sämtliche Kameraden am Ort in Beschäftigung treten können. Ferner wurde von Kamerad Müller angeregt, einen Arbeitsnachweis zu errichten, wozu er sich erbot, das Amt freiwillig zu übernehmen. Dem wurde beigestimmt. Zum Schluß ermahnte Kamerad Bütow nochmals zu reger Agitation für die Wahl zur Nationalversammlung und schloß mit einem Hoch auf den Verband die Versammlung.

**Saßnitz a. N.** Unsere Mitgliederversammlung am 29. Dezember war von 17 Kameraden besucht. Ein Mitglied ließ sich aufnehmen. Zuerst wurde die Vorstandswahl vollzogen sowie die Wahl der Revisoren. Die Abrechnung vom vierten Quartal wurde genehmigt und der Kassierer entlastet. Die Januarversammlung soll in Sagard stattfinden. Zur Regelung der Lohnverhältnisse wurde eine dreigliedrige Lohnkommission gewählt, die mit den Unternehmern in Verhandlungen treten soll. Die Arbeitszeit wurde wie folgt festgesetzt: vom 15. Januar ab 7½ Stunden, und zwar von 8 bis 12 und von 1 bis 4½ Uhr; vom 1. Februar ab 8 Stunden, nämlich von 7 bis 8½, von 8½ bis 9 Uhr Frühstückspause, von 9 bis 12, von 12 bis 1 Uhr Mittagspause, von 1 bis 4½ Uhr; vom 1. März 1½ Stunden Mittagspause, Arbeitszeit von 7 bis 5 Uhr, Frühstückspause wie vorher. Ferner wurde beschlossen, daß Maurer nicht Zimmerarbeit verrichten dürfen, mit Ausnahme von Nichten und Abbrucharbeiten. Die Reisezeit für Landarbeit wird vergütet nur in der Arbeitszeit. Sagard und Saßnitz sind als Land nicht anzusehen. Ueber 48 Stunden in der Woche darf kein Kamerad arbeiten. Zum Schluß wurde noch die Entschädigung für den Arbeitersekretär festgesetzt, die aus der Lokalkasse bezahlt wird.

**Schwedt a. d. O.** Am 1. Januar fand unsere Mitgliederversammlung statt; sie war gut besucht. Der Vorsitzende, Kamerad E. Wehke, gedachte des gefallenen Kameraden Th. Schmidt, wobei sich die Anwesenden von ihren Sitzen erhoben. Dann richtete er herzliche Worte der Begrüßung an alle aus dem Felde heimgekehrten Kameraden. Aber auch die zurückgekehrten Kameraden bedankten sich bei dem vom Seeresdienst verschonten Kameraden für ihre aufopfernde Tätigkeit für die Erhaltung der Organisation; denn es sind in Schwedt nur 2 Kameraden, die nicht der Zahlstelle angehören; auch die werden wir noch für unsere Sache gewinnen. Die Umrechnung des Stundenlohnes erfolgte vom 30. November. Der Stundenlohn beträgt für einen Zimmerer M 1,24, ab 1. Januar M 1,31. Dann gab der Kassierer, Kamerad Bussie, die Abrechnung bekannt. Da niemand etwas dagegen einzuwenden hatte, wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Hierauf wurden die Wahlen vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kamerad E. Wehke wiedergewählt, ebenfalls Kamerad O. Bussie als erster Kassierer. Ferner wurden die Kameraden Beiersdorf, Weier, Jäse, O. Wälke, Leschere und Rem in den Vorstand gewählt. Festgesetzt wurde, daß die Mitgliederversammlungen jeden Sonntag nach dem Ersten jedes Monats stattfinden. Nachdem der Vorsitzende alle Kameraden dringend aufforderte, treu und unentwegt zur Organisation zu halten und die Mitgliederversammlungen pünktlich zu besuchen, einzutreten in die sozialdemokratische Organisation, mitzuarbeiten und zu agitieren für die Kandidaten der Sozialdemokratie zur Nationalversammlung, schloß er die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband.

### Baugewerbliches.

**Der Arbeitsmarkt im Zimmererberufe.** Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 9. Januar entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte

a) Zimmerer Arbeit suchen: Ostpreußen: Königsberg 30, Labiau 1, Raftenburg 5, Westpreußen: Deutsch-



Krone 2, Elbing 8, Schwyz 9, Straßburg 1, Thorn 8.  
 Mecklenburg: Rostock 15. Schlesien: Breslau 80,  
 Schweidnitz 1, Görlitz 14, Jauer 8. Brandenburg:  
 Berlin 650, Brieg 6, Lichtenfelde 14, Schönberg 12, Steglitz 10,  
 Trepow 10, Charlottenburg 8, Friedrichshagen 12. Provinz  
 Sachsen: Mühlhausen 2, Nordhausen 15, Suhl 9. König-  
 reich Sachsen: Bamberger 3, Kößschenbroda 9, Radeberg 1.  
 Thüringen: Apolda 4, Coburg 4, Friedrichsroda 1,  
 Gera 25, Gotha 7, Jena 7, Neustadt 7, Ohrdruf 1, Rudol-  
 stadt 2, Saalfeld 12, Schmölla 4, Weimar 4, Zella 1, Zeul-  
 roda 1. Bremen: Bremen 120. Schleswig-Holstein:  
 Lübeck 25, Hamburg 698. Hessen: Kassel 1, Naifau:  
 Frankfurt 68, Marburg 1. Westfalen: Bielefeld 1,  
 Minden 4. Insgesamt suchten in 48 Orten 1844 Zimmerer  
 Arbeit.

b) offene Stellen für Zimmerer sind: Ostpreußen:  
 Allenstein 30, Goldap 4, Heydekrug 1, Johannisburg 18,  
 Neidenburg 3, Osterode 1, Stallupönen. Westpreußen:  
 Schloburg 20. Schlesien: Blas 11, Ratibitz 10, Mültich  
 20. Westfalen: Amberg 4. Insgesamt werden in 12  
 Orten 127 Zimmerer gesucht.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Warum wilde Bergarbeiterstreiks?** Ueber diese Frage wird aus dem Bureau des Bergarbeiterverbandes geschrieben: So fragen sich mit immer größerem Anmut alle Schichten der Bevölkerung, die durch die wechselnde Kohlennot immer mehr in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Bergarbeiterorganisationen sind doch von den Werksbesitzerorganisationen als Arbeitervertretungen anerkannt worden. Zwischen den Bergarbeiter- und Werksbesitzerorganisationen sind Vereinbarungen getroffen worden über Entlohnung, Schichtzeit usw. Alle Streitfragen, Wünsche und Beschwerden können auf dem Verhandlungswege zum Austrag gebracht werden. Sind da die wilden Bergarbeiterstreiks nicht ebenso töricht wie gemeinschädlich?

Unter einflussreichen Menschen besteht darüber keine Meinungsverschiedenheit. Bisher hat sich auch nur ein kleiner Teil der Bergarbeiter an den wilden Streiks beteiligt oder dazu aufgefordert. Und selbst von diesem Teil haben sich die meisten nur gefügt, weil sie nicht unolidarisch handeln wollten oder sich dem geübten Zwang nicht entziehen konnten. Mindestens 95 pZt. der Bergarbeiter sind verträgstreu, das heißt, sie fühlen sich an die zwischen den Bergarbeiter- und Werksbesitzerorganisationen getroffenen Vereinbarungen gebunden. Selbst ein Werksbesitzerorgan, die „Deutsche Bergwerkszeitung“ vom 1. Januar 1919, hat anerkannt:

„Der größte Teil der Bergarbeiter verwirft die augenblickliche Streikbewegung und würde gern die Arbeit aufnehmen; die Befürchtung aber, durch die Anhänger des Spartakusbundes mit Gewalt von der Arbeit abgehalten und womöglich in der persönlichen Sicherheit gefährdet zu werden, hält einen großen Teil der ordnungsliebenden und vernünftigen Bergarbeiter von der Einfahrt ab.“

Die „Bergwerkszeitung“ stellt hier lediglich eine Tatsache fest, läßt aber die so naheliegende Frage offen: „Wie kommt es, daß die Anhänger des Spartakusbundes einen so verhängnisvollen Einfluß ausüben können?“ Diese Frage läßt sich mit dem einen Satz beantworten: „Weil die Werksbesitzer bisher kein Vorbild der Vertragstreue waren, bis zur Revolution die gewerkschaftliche und politische Schulung mit allen Mitteln erschwert und unterbunden und die Bergarbeiter nicht als gleichberechtigte Vertragskontrahenten, sondern lediglich als Untergebene behandelt haben.“ So weit es ihnen möglich war, ließen die Werksbesitzer nur ihre Macht als Recht gelten. Das rächt sich jetzt.

Ungeachtet aller Mahnungen haben die Werksbesitzer den Arbeitern einseitig diktiert. Die Arbeiter fühlten sich infolgedessen innerlich nie an den Arbeitsvertrag gebunden. Das hielt aber die Werksbesitzer nicht ab, denselben mit aller Strenge durchzuführen. So wurde zum Beispiel den Ruhrbegleitern nach dem großen Streik von 1912 der Lohn für 6 Schichten strafweise wegen Vertragsbruchs abgezogen. Die Erbitterung hierüber zittert heute noch nach, was sich schon daraus ergibt, daß die Rückzahlung immer wieder gefordert wird. Täglich mußten es die Bergarbeiter erleben, wie sie der Willkür der Werksbesitzer und ihren Beamten überantwortet wurden, während von ihnen die strengste Befolgung des aufgezwungenen Vertrages gefordert wurde. So waren die Werksbesitzer selbst den anfälligen Arbeitern gegenüber kein Vorbild von Vertragstreue.

Noch schlimmer aber erging es den fremden Arbeitern, welche von gut bezahlten Werbeagenten unter glänzenden Versprechungen aus aller Herren Länder herangelockt wurden. Im Vertrauen darauf, eine bessere Existenz zu finden, ließen sich diese Arbeiter heranziehen und sahen sich dann betrogen. Die gewissenlosen Werbeagenten waren nicht faßbar, die Werksbesitzer aber erklärten sich an deren Verprechungen nicht gebunden. Oft ist es deshalb zu Ausschreitungen gekommen. Gegen die betrogenen Arbeiter schritten dann die Behörden ein, aber den gewissenlosen Werbeagenten und ihren Auftraggebern, den Werksbesitzern, geschah nichts. Kann von diesen betrogenen Arbeitern erwartet werden, daß sie jetzt Vertragstreue halten wollen?

Bei diesen gewerkschaftlich und politisch ungeschulten Arbeitern haben die Spartakisten aber jetzt leichtes Spiel. Ein Gefühl der Erbitterung über alles, was sie bisher ertragen haben, zittert bei allen Bergarbeitern ohne Ausnahme nach. Alle fühlen sich auch jetzt noch schwer benachteiligt. Sie haben gesehen, wie die Werksbesitzer Kriegsgewinne einheimsteten und sie dabei leer ausgingen. Jetzt soll das nachgeholt werden. Bei Arbeitern, die sich mehr von ihrem Gefühl als von ihrem Verstande leiten lassen, muß das alles zu wilden Streiks treiben. Die Spartakisten brauchen da nur Del ins Feuer zu gießen und alles steht in lichter Flamme.

Durch die getroffenen Vereinbarungen kann natürlich nicht über Nacht guagemacht werden, was in Jahrzehnten verdorben wurde. Niemand kann über seinen Schatten springen. Viele Grubenbeamten sind in dem alten Geist der Gewalt Herrlichkeit förmlich erstarrt. Ein völlig neuer Geist muß da einziehen. Das ist schneller gefagt als getan. Das alte System, welches ganz auf die einseitige Macht der Werksbesitzer eingestellt war, läßt sich nicht so plötzlich und

reibungslos umstellen. Es wird noch großer Anstrengungen bedürfen, bis die Gleichberechtigung der Arbeiter bis zum letzten Drücker durchgeföhrt und gewährleistet ist.

Das alles wissen die gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter, aber die ändern wissen es nicht. Diese ändern lassen sich durch alle Hemmungen und Reibungen gleich aus dem feilschen Gleichgewicht bringen. Ohne erst die Verhandlungswege zu gehen, greifen sie gleich zum äußersten Mittel, zum Streik, und zwingen auch die Einsichtigen, sich anzuschließen. Wo es zu wilden Streiks kommt, sind die Einsichtigen überall in der Minderheit. Eine Anzahl Werksverwaltungen verweigern noch immer die Kontrolle über die Mitgliedschaft auf den Werken. Dadurch werden die Unorganisierten in ihrem unfamerabschäftlichen Verhalten nur gestärkt, die Organisierten gereizt und die Durchföhrtung der getroffenen Vereinbarungen in Frage gestellt. Warum geschieht das? Offenbar doch nur aus Feindschaft gegen die Arbeiterorganisationen.

Ueber Lohnhöhe und Lohnzuschläge sind Vereinbarungen getroffen, aber die Gebinde vielfach nicht dementsprechend erhöht worden. Durchaus vertrauenswürdig Verbandsmitglieder haben uns versichert, daß es zwar nach außen hin heiße, der Lohn solle um soundso viel erhöht werden, aber die Gebinde seien nicht dementsprechend erhöht worden, infolgedessen könnten die zugefaltgen Lohnausbesserungen nicht erzielt werden. Die Arbeiter fragen sich da mit Recht: „Was nützen alle Vereinbarungen, wenn die Gebinde usw. nicht danach gestellt werden?“

Die großen Lohnunterschiede sollen möglichst ausgeglichen werden. Was nützt es aber, wenn das zugefagt, aber nicht in der notwendigen Weise durchgeföhrt wird? Viele Werksverwaltungen sind in dieser und anderer Beziehung sehr zugeknöpft. Die Mitwirkung der Arbeiterschüsse bei der Gebindefestsetzung, Lohnkontrolle usw. erscheint ihnen immer noch als ein unberechtigter Eingriff in ihre „Hoheitsrechte“. Da muß Eins und Umkehr gehalten werden. Ein neuer Geist muß überall Platz greifen, der in den Arbeitern nicht mehr Untergebene, sondern gleichberechtigte Vertragskontrahenten sieht.

### Bekanntmachungen

#### der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkaffe in Hamburg).

Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 181, 2. St. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 1. bis 31. Dezember 1918 erhielt die Hauptkaffe aus den örtlichen Verwaltungen: Arnstadt A 80, Augsburg 200, Bamberg 63,64, Berlin II 600, Berlin III 1200, Berlin V 900, Berlin VII 400, Bielefeld 100, Bulach 35,61, Cammin 35, Charlottenburg 700, Crumbach 40, Danzig 150, Deuben 200, Dödenhuden 380, Duisburg 250, Eisenberg 28,80, Emmendingen 20, Frankfurt a. M. 150, Görlitz 220, Gr.-Lichtenfelde 210, Halle 250, Hamburg III 500, Hamburg III 100, Hirschberg 250, Raitz 72,22, 100, Karlsruhe 100, Kiel 178,22, Langendiebach 150, Lebnitz 70, Lichtenberg I 600, Liegnitz 67,32, Meissen 150, Merseburg 200, Neu-Anspach 60,26, Neukölln 600, Neustettin 24,85, Rietdorf 100, Osnabrück 50, Penzig 100, Potsdam 810, Pritz 100, Rathenow 230, Sachwitz 88, Schmölla 84,76, Schöneberg 600, Seligenstadt 68, Steglitz 200, Steinbel 200, Teßlin 70, Thorn 100, Untertürkheim 180, Wedel 91,10, Weissenjee 200, Wilmsdorf 200, Wilsdruff 25. Summa A 12 332,58.

Zusätzl. erhielten vom 1. bis 31. Dezember 1918 die örtlichen Verwaltungen: Aiblingen A 50, Altenburg 250, Ammühle 14, Baugen 180, Braunschweig 100, Breiherdt 80, Breslau 100, Brühl 120, Budow 200, Bulach 120, Celle 300, Cöln 100, Eberswalde 50, Eifenach 60, Elbing 150, Emmendingen 100, Frieda 50, Gr.-Hartthau 220, Gr.-Lichtenfelde 200, Gr.-Woltern 100, Gr.-Zschachwitz II 75, Hagen i. Bomm. 150, Hagenow 100, Hamburg IV 100, Heilbronn 200, Herzfelde 60, Hintergersdorf 85, Jena 50, Korbla 20, Kempten 100, Kiel-Gaarden 300, Kauja 200, Liepzig 150, Lukenberg 100, Magdeburg 200, Mannheim 200, Marföbel 350, Memel 100, Mölln 200, Minden 400, Nienburg a. d. S. 60, Nordenham 300, Nowawes 300, Paderborn 40, Pirna 80, Reinfeld 130, Rimpfar 50, Rudolstadt 50, Schönebeck 100, Schwartau 100, Seeligstadt 250, Staßfurt 75, Steegen 100, Stortow 100, Stuttgart 5, Tegel 200, Warin 200, Wilhelmshaven 40, Zittau 50. Summa A 7914.

### Werte Kameraden!

Der größte Teil unserer früheren Mitglieder ist jetzt vom Militär entlassen, aber noch nicht alle haben sich wieder bei unserer Kaffe angemeldet. Wir wollen daher nicht unterlassen, nochmals darauf hinzuweisen, daß alle früheren Mitglieder, ob dieselben sich zum Militär abgemeldet haben oder nicht, in ihre alten Mitgliedsrechte wieder eingesetzt werden, wenn dieselben sich innerhalb 6 Wochen nach der Entlassung unter Vorlegung des Militärpasses bei der Kaffe wieder anmelden.

Da viele Kameraden arbeitslos bleiben, haben dieselben in den Gemeinden dahingehend Anträge zu stellen, daß ihnen neben der Erwerbslosenunterstützung auch die Beiträge für ihre Krankenkaffe erstattet werden, wie es schon an vielen Orten geschieht.

Auch für die Kameraden, die bisher noch nicht Mitglied unserer Kaffe waren und jetzt wegen Arbeitslosigkeit aus ihrer Pflichtkaffe ausgeschieden sind, bietet sich jetzt Gelegenheit, sich unserer Kaffe anzuschließen; sie sind von unsern Mitgliedern darauf aufmerksam zu machen. Es muß Agitation für die Kaffe an allen Orten getrieben werden.

Im Januar ist in allen örtlichen Verwaltungen eine Mitgliederversammlung einzuberufen; in derselben muß der Vorstand ergänzt oder neu gewählt werden. Zugleich ist dann in eine Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder einzuleiten. Die Läden, die uns der Krieg geschlagen, müssen durch die Gewinnung neuer Mitglieder wieder ausgeglichen werden. Der Vorstand.

### Abrechnung

#### von Agitations- und Unterstützungs-Fonds der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkaffe in Hamburg)

vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1918.

#### Einnahme.

Rassenbestand am 1. Oktober 1918 A 2375,45½, Altenburg 2,90, Altenvers - 80, Arnstadt - 80, Augsburg 1, Berlin 9,20, Bochum 2,50, Böttingen - 10, Bornstedt - 75, Breiherdt - 70, Cammer - 50, Celle 4,40, Charlottenburg 1,10, Chemnitz - 20, Crefeld 1,20, Danzig 1, Deuben - 40, Deutsch-Biffa - 40, Dödenhuden - 60, Dresden II 2,55, Eifenach 2, Elbing - 70, Erfurt 1, Effen 1, Flensburg 3,05, Frehdan - 50, Fürstenwalde 1,80, Fürth 1, Gelsenkirchen - 20, Görlitz 2, Gr.-Lichtenfelde - 40, Großhartthau - 30, Groß-Zschachwitz I - 10, Groß-Zschachwitz II - 30, Hagenow - 60, Hamborn - 20, Hamburg I 2,80, Hamburg II 4,70, Hamburg III 1,80, Hamefn - 20, Heilbronn 2, Hildeheim - 60, Hirschberg 4,40, Kait 1,20, Kellinghusen - 70, Kiel - 60, Königsberg 1,80, Rauenburg - 80, Lebnitz - 40, Leipzig 8,10, Rostowitz - 30, Lübeck 2,80, Mannheim - 60, Mariendorf - 40, Marföbel - 40, Meissen - 30, Memel - 20, Mühlhausen i. G. 1,20, Neukölln 8,20, Nordenham 1,80, Nossen 1,20, Oplau - 50, Pirnawes 1,80, Potsdam - 80, Regenwalde - 40, Reichensachsen 1, Rostock - 40, Schönebeck 1,80, Schöneberg 1,80, Schönerrlinde - 45, Semb 1, Staßfurt - 30, Steglitz 1,50, Steinbel - 50, Stuttgart 2,25, Sulingen - 50, Verden - 20, Wedel 1,80, Wehrden 1,10, Weinböhla - 20, Wilhelmshaven - 80, Wilsdruff - 40, Wittenburg - 70; ohne Abrechnung eingegangen: Einzelzahler 15, Eisenberg - 20, Hamburg IV - 50, Weissenjee - 20, Zittau 1, von Faber-Elbing zurück 50. Summa A 2545,60½.

#### Ausgabe.

Fauer-Hamburg III A 26,87, Dreier-Werber 20, Hering-Lübeck 20, Faber-Elbing 50, Kroll-Wona 15, Porto laut Buch 2,15, Rassenbestand am 1. Januar 1919 2411,78½, Summa A 2545,60½.

Revidiert und richtig befunden durch A. Groth.

### Versammlungsanzeiger.

Mittwoch, den 22. Januar:

Wesel: Abends 5½ Uhr bei Koffing, Baustraße.

Freitag, den 24. Januar:

Reimscheid: Abends 5½ Uhr im Volkshaus, Bismarckstraße.

Freitag, den 25. Januar:

Doberan: Abends 7 Uhr in „Stadt Lübeck“. — Hagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Gattungen a. d. N. — Verne: Abends 7 Uhr bei Witwe Wom, Bochumer Straße 7. — Wanne: Im „Deutschen Haus“, Königsstr. 11. — Waren: Abends 8 Uhr „Zur Traube“. — Witten: Abends 7 Uhr im Verkehrslokale von Heinz Röhmeier, Ardeystr. 104.

Sonntag, den 26. Januar:

Bielefeld: Vormittags 10 Uhr in der „Zentralhalle“, Am Kesselbrink. — Fürstenwalde: Bei H. Niedermeier, Windmühlenstraße. — Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Polstr. 8d.

### Verkehrslokale, Herbergen usw.

(Fahrerfahrtskarte unter dieser Rubrik bis zu drei Reisen A 3, jede weitere Reise A 2 mehr. Freizeitanträge werden nicht befolgt.)

Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zählstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Berlin und Umg.: 80, Engelauer 15, 2. St., Zimmer 50. Bersprecher Amt Wollpflanz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnissen sowie Unfälle sind hier zu melden.

Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Pollosteum“, Bismarckstraße 153, 1. St., Zimmer 15. Herberge das Verkehrslokale: Volkshaus und „Plauensche Bierhalle“, Sainfr. 41. Zureitende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umfahren, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11-1 Uhr und nachm. 5-7½ Uhr.

Dortmund. Bezirksbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Bellingstraße 22. Zureitende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umfahren verboten.

Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburg und Umg.: Befehlshaberhof 66, Gintzerstr. 1. Stod. Telefon: Merkur 4428. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburg und Umg. sind hier zu melden. Zureitende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umfahren, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnete werden dort unentgeltlich verabfolgt.

Hamburg-St. Georg. Verkehrslokale für Bezirk 4 bei Edward Stoppel, Rostocker Straße 60. Telefon: Vulkan 2884. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 1 Uhr, Vertragsergegennahme. Versammlungslokale der Zentraltransfantenkaffe der Zimmerer.

Hamburg-Weimshübel. Albert Lemde, Verkehrslokale, Bellealliancestr. 46. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentraltransfantenkaffe. Telefon: Merkur 2782.

Hamburg-Winterhude. Verkehrslokale bei Heinz Schulz, Marktplatz 14. Telefon: Merkur 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.

Hamburg-Altenhorst. Bezirkslokale für Bezirk 10 bei der Wwe. Gärlich, Wogartstr. 17. Zusammenkunft jeden ersten Montag im Monat.

Hamburg-Vermdel. Verkehrs- und Bezirkslokale für den Bezirk 4 bei G. Rohwedder, Wilmshäuserstr. 67. Vertragsergegennahme jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags.

Kiel. Zählstellenbureau Gewerkschaftshaus, Fahrstr. 24, 2. St., Zimmer 10. Telefon 2241. Differenzen über Lohn und Arbeitsbedingungen sind hier zu melden. Arbeitslosenkontrolle von 10 bis 11 Uhr. Der Arbeitsnachweis befindet sich im Schloß. Versammlung jeden zweiten Dienstag im Monat im Gewerkschaftshaus.

Mannheim. Zählstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. a. s., 2. St., Zimmer 10 und 11. Telefon 6276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 8½ Uhr, abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden.

Minden. Bureau der Zählstelle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 44/44, Gewerkschaftshaus, 3. Stod, Zimmer 64. Telefon 61 020. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstags von 5 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glödenbach 10.